

Anlage**Dauer, Inhalte und Ziele der Grundausbildung****I. Für die einzelnen Ausbildungsabschnitte gelten folgende Ausbildungszeiten**

<i>Ausbildungsabschnitt</i>	Ausbildungstage nach Verwendungsgruppe				
	A1, v1, A2, v2	A3, v3, A4, v4	AI/VAI : A1, v1, A2, v2	AI: A3, v3, A4, v4	
Basiseinführung gem. § 7	1	1	1	1	
Allgemeine Ausbildung gem. § 8					
Einführung in das öffentliche Recht unter Berücksichtigung des Unionsrechts	3	3	3	3	
Einführung in das AVG-Verfahren für Nicht-Juristinnen und Nicht-Juristen bzw. Vertiefende Bearbeitung praxisrelevanter Fragen zum Verwaltungsverfahren für Juristinnen und Juristen	3 bzw. 2	---	---	---	
Der öffentliche Dienst	3	2	3	2	
Allgemeines Ressortfach	1	1	---	---	
Fachspezifische Ausbildung gem. § 9					
Einführungsmodul A	---	---	3	3	
Einführungsmodul B	---	---	3	3	
Fachkurs Gesundheitsschutz	---	---	3	3	
Kommunikationsseminar	---	---	3	---	
Eigener Fachbereich					
	a) Basismodul	4	4	4	4
	b) Aufbaumodul	3	3	4	2
	c) Prüfungsmodul	2	2	3	1
Wahlfachbereich					
	a) Basismodul	4	4	4	---
	b) Aufbaumodul	3	3	4	---
	c) Prüfungsmodul	2	2	3	---
Wahlfachbereich					
	a) Basismodul	4	---	4	---
	b) Aufbaumodul	3	---	4	---
	c) Prüfungsmodul	2	---	3	---
Summe der Seminartage (ohne Basis-einführung)		37/38 Tage	25 Tage	52 Tage	22 Tage

In begründeten Fällen können die festgelegten Ausbildungszeiten auch unter- oder überschritten werden.

- Die Organe der Arbeitsinspektion haben die allg. Ausbildung gem. § 8 Abs. 3 Z 1 und 3 sowie verpflichtend 3 Fachbereiche gem. § 9 Abs. 2 Z 12 bis 14 zu absolvieren.
- Auszubildende der Verwendungs- bzw. Entlohnungsgruppen A3, A 4, A 5 und v3, v4 in der Arbeitsinspektion absolvieren die Einführungsmodule A und B sowie den Fachkurs Gesundheitsschutz statt eines zweiten Wahlfachbereiches
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sektion VII Gruppe A sollen je nach Einsatzgebiet die Grundausbildung der Arbeitsinspektion oder der Zentralstelle absolvieren; die Zuweisung erfolgt durch die Sektion VII.
- Gutachterlich tätige Ärztinnen und Ärzte beim Sozialministeriumservice haben die in der Grundausbildungsvereinbarung festgelegten Ausbildungsabschnitte gemäß den Vorgaben des Support 4 beim Sozialministeriumservice zu absolvieren.

II. Inhalte und Ziele der fachspezifischen Ausbildung gem. §§ 9 bis 12

Ausbildungsziel ist der Erwerb der angeführten Kenntnisse

<p>1. Personalmanagement</p> <p><u>Recruiting</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Voraussetzungen für die Aufnahme in den Bundesdienst als <ul style="list-style-type: none"> a) Vertragsbedienstete/r b) Verwaltungspraktikant/in c) Verwaltungsassistent/in <p><u>Dienstrecht</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Wesentliche Rechtsgrundlagen des Dienstrechts inkl. Kranken- und Pensionsversicherung - Die Rechte und Pflichten der Bundesbediensteten - Dienstzeiten/Fehlzeiten - Sonstige Dienstabwesenheiten (z. B. Dienstfreistellung, Pflegekarenz, Familienhospizfreistellung) - Die wesentlichen Bestimmungen für eine höherwertige Verwendung und Überstellung - Die wesentlichen Bestimmungen über die Dienstzuteilung, Versetzung und Verwendungsänderung - Vorgangsweise bei Dienstpflichtverletzungen - Mobbingprävention - Verhaltenscodex, Compliance - Beendigung des Dienstverhältnisses (bei VB und Beamtinnen und Beamten) - Grundsätze über dienstrechtliche Nebengesetze <ul style="list-style-type: none"> a) Mutterschutzgesetz, Väterkarenzgesetz b) Bundes-Bedienstetenschutzgesetz (inkl. betriebliche Gesundheitsförderung) d) Bundes-Personalvertretungsgesetz e) Bundes-Gleichbehandlungsgesetz; Behinderteneinstellungsgesetz <p><u>Personalentwicklung</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Wichtige Instrumente der Personalentwicklung (z. B. Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergespräch, Teamarbeitsbesprechung) - Das Wesentliche über die dienstliche Aus- und Weiterbildung - Führungskräfteausbildung <p><u>Besoldungsrecht</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Wesentliche Rechtsgrundlagen des Besoldungsrechts - Wesentliche Bestimmungen über Bezüge, Entgelt und Nebengebühren und sonstige Geldleistungen (Fahrkostenzuschuss, Abfertigung, Kinderzuschuss, Pensionskasse) - Grundsätze der Reisegebührenvorschrift <p><u>Personalplanung</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Grundkenntnisse der Personalplanung (Personalplan, VBÄ, PCP, Wertigkeiten) <p><u>Personalcontrolling</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Grundzüge des Personalcontrollings
<p>2. Budget, IT und Wirtschaftsangelegenheiten</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisse über grundsätzliche Bestimmungen des Beschaffungswesens inklusive Vertragsrecht - Kenntnisse über die Vergabeverfahren sowie über die speziellen Anforderungs- und Bestellverfahren im Ressort - Kenntnisse der rechtlichen Grundlagen des öffentlichen Haushaltes sowie dessen Funktionen und Organe - Kenntnisse der Grundsätze der Budgetplanung, des Budgetvollzugs und des Controllings - Grundkenntnisse über alle Bereiche der Informationstechnologie inklusive fachspezifischer Terminologie und der IT-Sicherheit - Kenntnisse über die IT-Koordination der öffentlichen Verwaltung und der ressortinternen Zuständigkeiten

- Kenntnisse der Grundzüge des Datenschutzrechts
3. Rechtliche Angelegenheiten der Pensionsversicherung (PV)
- Allgemeines, Aufgaben und Leistungen der PV - Versicherte Personen - Versicherungszeiten - Freiwillige Versicherungen in der PV - Leistungen und sonstige Leistungen der PV - Rehabilitation und Gesundheitsvorsorge in der PV - Schwerarbeit
4. Finanzielle Angelegenheiten der Pensionsversicherung
- Quellen der Finanzierung der Sozialversicherung - Bundesbeiträge - Budgetvollzug - Mathematische Grundbegriffe der Alterssicherung - Grundzüge der Pensionsberechnung - Umlageverfahren versus Kapitaldeckungsverfahren
5. Konsumentenschutz
- Organisationen des Konsumentenschutzes in Österreich - Kenntnisse des konsumentenrelevanten Zivilrechts (z. B. KSchG, FAGG, UWG, VersVG) - Instrumente der Rechtsdurchsetzung - Alternative Streitbeilegung nach dem Alternative-Streitbeilegung-Gesetz - Behördenkooperation im Konsumentenrecht nach dem Verbraucherbehörden-Kooperationsgesetz - Verbraucherzahlungskontogesetz - Kenntnisse des Produktsicherheitsgesetzes und dazugehöriger Verordnungen, Subsidiaritätsprinzip - Kenntnisse des konsumentenrelevanten Verwaltungsrechts (z. B. Gewerbeordnung, Preisangabenrecht) - Kenntnisse des konsumentenrelevanten Rechts der Dienstleistungen allgemeinen wirtschaftlichen Interesses (z. B. Energiedienstleistungen, Telekommunikation, Post)
6. Berufliche und soziale Inklusion
- Wesentliche Kenntnisse des österreichischen Systems der beruflichen und sozialen Inklusion von Menschen mit Behinderung - Wesentliche Kenntnisse der bundesrechtlichen Grundlagen der Inklusion von Menschen mit Behinderung (BEinstG, BBG, BGStG) - Wesentliche Kenntnisse der hoheitlichen und privatwirtschaftlichen Vollziehung des BEinstG (Feststellungs-, Kündigungs- und Ausgleichstaxenverfahren bzw. Individual- und Projektförderungen, integrative Betriebe) - Wesentliche Kenntnisse der hoheitlichen und privatwirtschaftlichen Vollziehung des BBG (Behindertenpass, Unterstützungsfonds) - Wesentliche Kenntnisse des Diskriminierungsverbots des BGStG und des BEinstG - Wesentliche Kenntnisse des Bundes-Behindertengleichstellungsgesetzes (BGStG) (historische Entwicklung, sozialpolitische Zielsetzungen, Diskriminierungsverbot) sowie anderer rechtlicher Grundlagen der Behindertengleichstellung - Kenntnisse der historischen Entwicklung und sozialpolitischen Zielsetzungen des Bundesbehindertengesetzes (BBG) sowie der in diesem geregelten Organe der Behindertenpolitik des Bundes - Kenntnisse der hoheitlichen Vollziehung des BBG mit dem Schwerpunkt Behindertenpass inkl. Autobahnvignette und Abgeltung der Normverbrauchsabgabe - Kenntnisse der Förderlandschaft für die berufliche Inklusion einschließlich der Leistungen anderer Träger - Kenntnisse über die Vergünstigungen für Menschen mit Behinderung (z. B. EStG, StVO)
7. Förderpolitische Grundlagen des Sozialministeriumservice

- Kenntnisse der Grundsystematik und Ziele der Förderpolitik
- Kenntnis der Ziele und Aufgaben von Integrativen Betrieben
- Kenntnis der Ziele und Aufgaben des Netzwerkes berufliche Assistenz (NEBA)
- Kenntnis der Zielsetzung des Arbeits- und Gesundheitsgesetzes und Umsetzung fit2work
- Kenntnisse über Ausbildung bis 18 – Umsetzung der Ausbildungspflicht
- Kenntnisse über das Zusammenwirken SMS – AMS; Abstimmung der Förderpolitik
- Kenntnisse der UN-Behindertenrechtskonvention und der Tätigkeit des UN-Monitoring-Ausschusses
- Wesentliche Kenntnisse des Bundes-Behindertengleichstellungsgesetzes (BGStG) (historische Entwicklung, sozialpolitische Zielsetzungen, Diskriminierungsverbot) sowie anderer rechtlicher Grundlagen der Behindertengleichstellung
- Kenntnisse der UN-Behindertenrechtskonvention und deren Umsetzung in Österreich
- Grundlegende Kenntnisse über die Strukturfonds der EU und deren Bedeutung für die berufliche Eingliederung für Menschen mit Behinderung

8. Pflegevorsorge und Sozialentschädigung

- Wesentliche Kenntnisse des Gesamtkonzeptes des österreichischen Pflegevorsorgesystems (historische Entwicklung, Rechtsgrundlagen, Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG)
- Kenntnisse des Pflegegeldrechts
- Kenntnisse über Maßnahmen zur Unterstützung pflegender Angehöriger (Demenzstrategie, sozialversicherungsrechtliche Absicherung, Angehörigengespräch, Hausbesuche zur Qualitätssicherung)
- Kenntnisse über die Förderung der 24-Stunden-Betreuung
- Kenntnisse über die finanziellen Zuwendungen zu den Kosten für die Ersatzpflege
- Wesentliche Kenntnisse über die arbeitsrechtlichen Voraussetzungen für die Familienhospizkarenz, Pflegekarenz und Pflegezeit sowie umfassende Kenntnisse über das Pflegekarenzgeld
- Grundkenntnisse über die für den Fachbereich relevanten Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 883/2004
- Kenntnisse über den Pflegefonds und über das System der sozialen Dienste in der Langzeitpflege
- Kenntnisse der Rechtsgrundlagen der Sozialentschädigung (KOVG 1957, KGEG, HEG, Impfschadengesetz, Opferfürsorgegesetz, Conterganhilfeleistungsgesetz)
- Kenntnisse über die Entschädigungen und Kenntnisse der Verfahren nach den Sozialentschädigungsgesetzen
- Kenntnisse über die Anspruchsvoraussetzungen und Leistungen nach dem Verbrechenopfergesetz
- Kenntnisse über das Heimopferrentengesetz (HOG)

9. Sozialpolitische Grundfragen, Mindestsicherung und Sozialhilfe

- Wesentliche Kenntnisse der sozialpolitischen Rahmenbedingungen (Armut, Einkommensverteilung, Sozialausgaben)
- Grundlegende Kenntnisse der zentralen sozialpolitischen Zielsetzungen
- Kenntnisse über Wirkmechanismen und Wirkungsmöglichkeiten von Sozialpolitik
- Grundlegende Kenntnisse der Arbeitsschwerpunkte der Fachsektion
- Kenntnisse der Rechtsgrundlagen der Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungssysteme der Länder sowie vergleichbarer Leistungen des Bundes
- Kenntnisse der Grundzüge des Leistungsrechts und des Ersatzes in der Sozialhilfe und Mindestsicherung

10. Arbeitsmarkt

- EDV-Grundlagen des Arbeitsmarktservice
- Gender Mainstreaming
- Österreichische Arbeitsmarktpolitik
- Organisation des Arbeitsmarktservice
- Dienstleistungen des Arbeitsmarktservice für Personen
- Dienstleistungen des Arbeitsmarktservice für Betriebe

<p>11. Österreichisches Arbeitsrecht</p> <p><u>Kenntnis der Grundlagen des Arbeitsvertragsrechts</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Begriff des/der Arbeitnehmers/Arbeitnehmerin Werkvertrag versus freies Dienstverhältnis - Beendigungsrecht - Lohn-, Sozialdumping <p><u>Kenntnis der Grundlagen des Kollektiven Arbeitsrechts</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Betriebsrat / Betriebsvereinbarung - Kollektivverträge - Gleichbehandlung <p><u>Kenntnis der Grundlagen des Verwendungsschutzes</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Arbeitszeitrecht - Mutterschutz - Jugendzeitrecht
<p>12. Aufgaben, Organisation und Verfahren in der Arbeitsinspektion</p> <ul style="list-style-type: none"> - Organisationsrecht der Arbeitsinspektion (ArbIG) - Verwaltungsverfahrenrecht (AVG) - Verwaltungsstrafrecht und Verwaltungsstrafverfahrenrecht (VStG) - ArbeitnehmerInnenschutz in Genehmigungsverfahren
<p>13. Technischer und arbeitshygienischer ArbeitnehmerInnenschutz</p> <ul style="list-style-type: none"> - ArbeitnehmerInnenschutzgesetz (ASchG) - Durchführungsverordnungen zum ASchG (z. B. AStV, AM-VO, BauV, GKV, VGÜ, VOLV, VEXAT) - Übergeleitete Verordnungen (z. B. AAV, VbF)
<p>14. Verwendungsschutz</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vorschriften über Arbeitszeit und Arbeitsruhe - Mutterschutzgesetz - Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen (KJBG) - Sondervorschriften für bestimmte Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmergruppen - Grundzüge des Arbeitsrechts
<p>15. EU – Internationales</p> <p><u>Grundzüge der Europäischen Sozialpolitik und Überblick über internationale Organisationen im Bereich Soziales</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Historischer Überblick und aktuelle sozialpolitische Herausforderungen in der EU - Akteure und Institutionen der EU-Sozialpolitik - Grundlagen der europäischen Prozesse und Arbeitsweisen im Bereich Soziales (inkl. Rechtssetzungsverfahren, Rechtsgrundlagen/Kompetenzverteilung, politische Koordinierungsprozesse), EU-Förderinstrumentarium - Grundlegende Kenntnisse zu Struktur, Aufgaben und Arbeitsweisen internationaler Organisationen im Bereich Soziales <p><u>Europäisches und internationales Sozialrecht</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Europäisches koordiniertes Sozialrecht - Grundsätze des Europäischen Rechts - Bestimmung der anwendbaren Rechtsvorschriften - Besondere Bestimmungen zu den verschiedenen Leistungsarten - Entsendungen <p><u>Europäisches und internationales Konsumentenschutzrecht</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Grundzüge des EU-Primärrechts unter besonderer Berücksichtigung der Verankerung des Konsumentenschutzes einschließlich einschlägiger Rechtssetzungsverfahren - Kenntnisse der institutionellen Verankerung des Konsumentenschutzes in der EU einschließlich der Bedeutung des Konsumentenschutzes in der Rechtsprechung des

Europäischen Gerichtshofs

- Kenntnisse des einschlägigen EU-Sekundärrechts
- Informelle und formelle Netzwerke im Rahmen der europäischen und internationalen Konsumentenpolitik

Europäische und internationale Behindertenpolitik

- UN-Behindertenrechtskonvention mit Informationen über die entsprechenden nationalen Strukturen (Focal Point, Monitoringausschuss, Volksanwaltschaft).
- Grundzüge der Europäischen Behindertenpolitik.

Europäisches und internationales Arbeitsrecht und Arbeitnehmerschutz

- EU-ArbeitnehmerInnen/schutz
- EU-Arbeitsrecht inkl. Bekämpfung von Diskriminierung
- Europäische und internationale Gleichstellung von Frauen und Männern
- Europäische Sozialcharta des Europarates
- Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

16. Innere Verwaltung und Support

- Kenntnis der Vorschriften der Büroordnung bzw. Kanzleiordnung
- Kenntnis grundlegender Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes sowie der Geschäftseinteilung und der Geschäftsordnung der jeweiligen Dienststelle
- Kenntnis der elektronischen Behandlung von Geschäftsfällen